

## Grosser Stadtrat

# Das Theater um die Salle Modulable

**Salle Modulable als Chance oder Risiko? Die Meinungen darüber waren gestern im Stadtparlament geteilt.**

VON HUGO BISCHOF

Zustimmende Kenntnisnahme: So lautete am Schluss das klare Verdikt zu Gunsten des stadträtlichen Planungsberichts zur Salle Modulable. Nur die zwei Jungsozialisten David Roth und Nina Laky waren für Ablehnung. Vor der Abstimmung wurde allerdings drei Stunden lang heftig debattiert.

## «Kultureller Leuchtturm»

Das geplante Musiktheater, für dessen Bau anonyme Geldgeber 100 Millionen Franken in Aussicht stellten, sei als «neuer kultureller Leuchtturm» in Luzern willkommen, sagte FDP-Sprecher Martin Merki. «Wir bauen in erster Linie ein neues Luzerner Theater mit mehr Möglichkeiten», betont Merki. Er erinnerte daran, dass die Salle Modulable neun Monate im Jahr durch das Luzerner Theater bespielt wird.

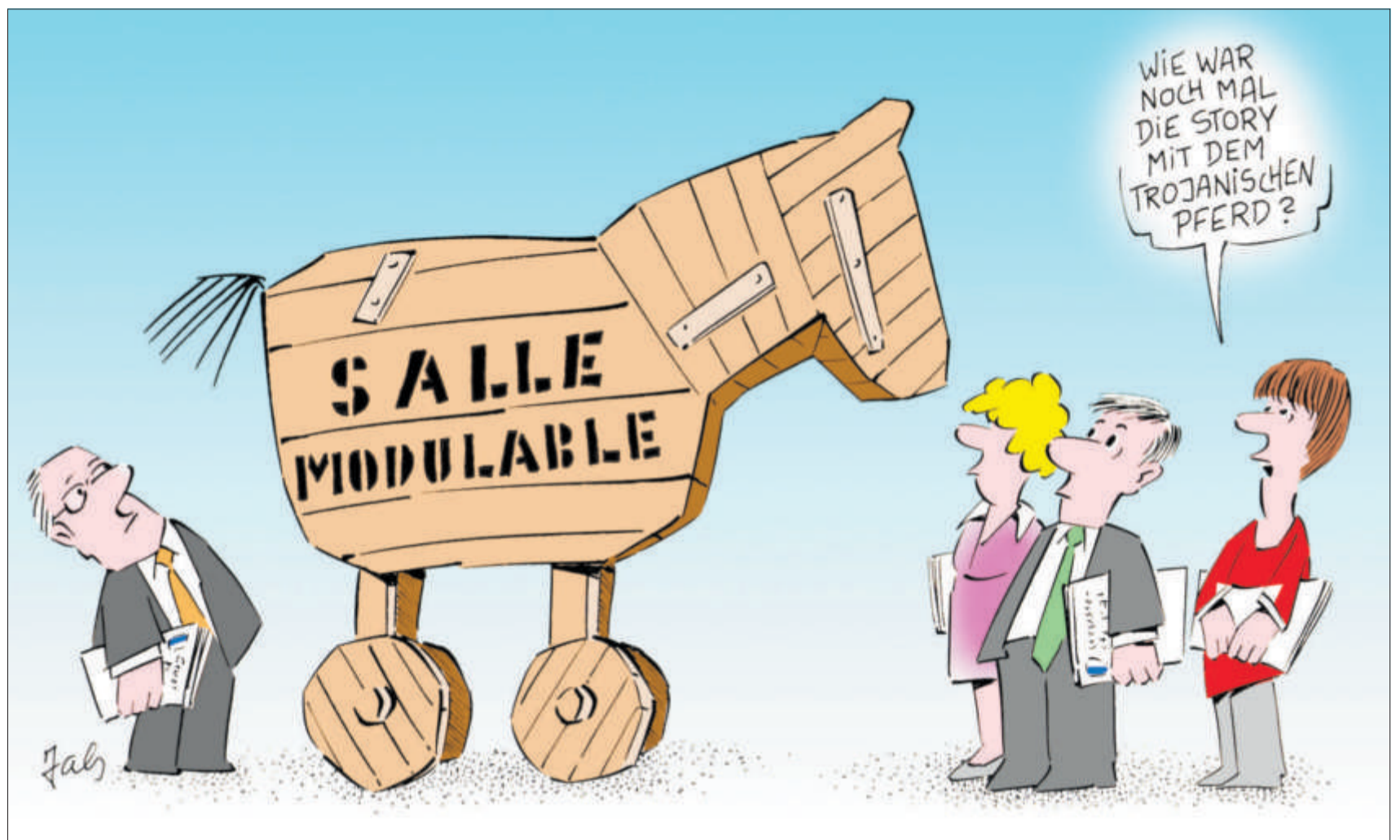
Harte Kritik am Stadtrat übte Dominik Durrer (SP). Kultur sei für diesen «nur ein Mittel zur Standortpromotion in klassischer Musik – die anderen Sparten werden dafür geopfert». Dagegen wehrten sich die SP und mit ihr das kulturbewusste Luzern. Die SP nahm den Bericht deshalb «neutral» zur Kenntnis.

Eine Mehrheit der Grünen und Jungen Grünen sei dafür, dass der «spannende Planungsprozess» weitergeführt werde, sagte deren Sprecherin Edith Lanfrancioni-Laube. Wichtig sei aber die Erarbeitung eines kulturellen Gesamtkonzepts in der Stadt Luzern. Der Grüne Hans Stutz ergänzte: «Es darf wegen der Salle Modulable zu keinen Kürzungen bei den anderen Kulturinstitutionen, etwa der freien Theaterszene, kommen.»

## «Eine faire Chance geben»

«Wir wollen der Salle Modulable eine faire Chance geben», sagte Albert Schwarzenbach (CVP). Es gelte, ein klares Betriebskonzept zu erarbeiten, die Standortwahl voranzutreiben und das Projekt in die Kulturlandschaft Luzern einzubetten. «Ob wir dann, wenn ein abstimmungsreifes Projekt vorliegt, dazu Ja sagen werden, ist noch offen.» Auch die Grünliberale Manuela Jost meinte: «Die Projektierungsgesellschaft soll effizient weiterplanen, das bedeutet aber noch kein Ja zum Projekt.»

SVP-Sprecher Urs Wollenmann hingegen erklärte: «Es wäre kein städtisches Unglück, wenn die Salle Modulable schliesslich nicht gebaut würde. Die finanzielle Belastungsgrenze in Luzern ist durch das teure KKL bereits er-



Mit der Salle Modulable sind zurzeit noch viele offene Fragen verbunden.

KARIKATUR JALS

## KOMMENTAR

### Das ist noch lange kein Ja

Kann sich die Stadt Luzern das 100-Millionen-Geschenk leisten? Das ist mehr denn je die entscheidende Frage – auch nach der gestrigen Ratsdebatte. Nun muss so schnell wie möglich ein Betriebskonzept für das geplante Musiktheaterhaus erarbeitet werden. Das ist ein klares Signal, das die Politik gestern aussandte.

Ebenso klar ist: Es gibt keine Salle Modulable, wenn es nicht gelingt, auch die sogenannten nicht-etablierte Kultur für das Projekt zu begeistern. Der Stadtrat muss sich also dafür einsetzen, dass in Luzern neben der klassischen

Hochkultur (Lucerne Festival) weiterhin auch ein vielfältiges Kleinkultur-Leben Platz hat.

Das Parlament hat gestern klare Leitplanken gesetzt. Und die offenen Fragen? Jene nach dem Standort etwa oder der räumlichen Anbindung an die Hochschule? Diese gilt es mit aller Offenheit anzugehen. Die gestrige Kenntnisnahme des stadträtlichen Planungsberichts ist noch lange kein Ja zur Salle Modulable. Aber eine Ermunterung, den komplexen und spannenden Planungsprozess weiterzuführen.

HUGO BISCHOF  
hugo.bischof@neue-lz.ch

reicht.» Das zeige sich jetzt wieder, wo eine teure Dacherneuerung anstehe.

Auf der anderen Seite des politischen Spektrums meinte die Jungsozialistin Nina Laky: «Es sind noch zu viele Fragen offen. Und wir wollen nicht Geld für ein elitäres Denkmal sprechen.»

## Wer sind die Geldgeber?

Umstritten war die Anonymität der Geldgeber. Der Grüne Hans Stutz sprach sich «für totale Transparenz» aus: «Auch die Öffentlichkeit hat ein Recht zu wissen, wer hinter diesen Geldern steht.» Es reiche, wenn dies der Stadtrat wisse und der Öffentlichkeit versichern könne, dass die Gelder «sauber und legal» sind, meinte hingegen Sonja Döbeli (FDP).

Auch beim KKL sei längst nicht jeder Donator, der eine siebenstellige Summe gespendet habe, der Öffentlichkeit bekannt, sagte daraufhin Stadtpräsident Urs W. Studer. Er versprach, der Stadtrat werde die Identität der Geldgeber und die Quelle der Gelder abklären: «Der Stadtrat wird letztlich die Hand ins Feuer legen können für die Geldgeber.

## EXPRESS

- Das Parlament nahm den Planungsbericht des Stadtrats zur Kenntnis.
- Eine Mehrheit des Parlaments forderte eine «partizipative Kulturdebatte».

Aber wir wollen diese nicht gegen ihren Willen öffentlich zur Schau stellen.»

Das Parlament genehmigte schliesslich acht Protokollbemerkungen. Diese verpflichten den Stadtrat unter anderem dazu, eine «partizipative Kulturdebatte» zu führen, das Luzerner Theater integral mit allen drei Sparten in die Salle Modulable zu integrieren und die Campus-Idee zu prüfen.

Knapp bewilligt wurde vom Parlament ein städtischer Beitrag von 450 000 Franken an die Projektierungskosten. Dieser wird allerdings nur ausbezahlt, falls die Salle Modulable auf dem Boden der Stadt Luzern gebaut wird.

## UND SONST

### Mittagstische für Oberstufe

Der Stadtrat soll die Einrichtung von Mittagstischen auch für Oberstufenschülerinnen und -schüler prüfen. Ein entsprechendes Postulat der grünen Stadträtin Edith Lanfrancioni-Laube hiess das Parlament gestern mit grosser Mehrheit gut. «Damit könnten Gesundheitskosten und soziale Folgekosten auf verschiedenen Ebenen eingespart werden», sagt Lanfrancioni. Wann solche Mittagstische eingeführt werden und wie sie aussehen werden, ist allerdings noch völlig offen.

### 25 Personen eingebürgert

Diskussionslos hat der Grosse Stadtrat 25 ausländischen Personen das Luzerner Stadtbürgerrecht und damit den Schweizer Pass zugesichert. Kommissionspräsidentin Katharina Hubacher (Grüne) erwähnte dabei das tiefe Durchschnittsalter der Einbürgerungswilligen. «Wir stellen fest: Wer sich in dieser Tranche einbürgern lassen wollte, ist in jungem Alter in die Schweiz gekommen», so Katharina Hubacher. Der älteste Gesuchsteller war 53 Jahre alt, die Jüngsten wurden erst letztes Jahr geboren.

## Städtische Mobilität

# Öffentlicher Verkehr soll gefördert werden

**Das Parlament empfiehlt ein Nein zur Umverkehr-Initiative. Für das Grundanliegen der Initianten hat er jedoch einige Sympathien.**

Der Entscheid fiel äusserst knapp aus. Mit 24:22 Stimmen hat der Grosse Stadtrat gestern beschlossen, die Initiative des Vereins Umverkehr abzulehnen. Die Volksinitiative zur Förderung des öffentlichen, des Fuss- und des Veloverkehrs in der Stadt Luzern, auch Städte-Initiative genannt, möchte dank weniger Lärm und Abgasen mehr Lebensqualität in der Stadt erreichen. In der Gemeindeordnung soll deshalb verankert werden, dass innert zehn Jahren der Anteil an ÖV und Langsamverkehr um mindestens zehn Prozentpunkte erhöht werden muss.

## SVP: «Wirtschaftsfeindlich»

Der Stadtrat hat aufgrund der Initiative selbst ein Reglement für eine «nachhaltige städtische Mobilität» ausgearbeitet. Dieser liegt als Gegenvorschlag vor und erhielt vom Stadtparlament gestern mit 32:3 Stimmen bei elf Enthaltungen Unterstützung. Der wichtigste Unterschied zur Initiative: In der



Stadträtin Ursula Stämmer wird von einem Mitglied des Vereins «Umverkehr» chauffiert. BILD PD

Gemeindeordnung wird kein statistisches Ziel definiert. Stadträtin Ursula Stämmer sagte: «Unser wichtigstes Anliegen ist es, dass die Stadt erreichbar ist.» Deshalb müsse der öffentliche Verkehr Priorität haben. Diesem Ziel widersetzte sich einzig die SVP. Fraktionschef Werner Schmid: «Wenn der individuelle Verkehr eingeschränkt wird, ist dies wirtschaftsfeindlich und vernichtet Arbeitsplätze. Wir wehren uns gegen die linke These, dass der Strassenverkehr niederträchtig sei.» Das Reglement des Stadtrats brauche es nicht, die SVP könne damit aber leben, wenn dadurch die Initiative vom Tisch sei.

## Der Leuchtturm der Grünliberalen

Die übrigen Fraktionen stellten sich hinter das grundsätzliche Ziel, den öffentlichen Verkehr zu fördern. Nur so könne die Lebensqualität von Luzern erhalten bleiben, meinte etwa FDP-Sprecher Rolf Krummenacher. Wie man das Ziel erreichen könne, darüber war man sich aber nicht einig. Markus Mächler von der CVP meinte, die Massnahmen im Agglomerationsprogramm würden ausreichen, «die Initiative braucht es deshalb nicht». Anders sah dies die Ratslinke. Korintha Bärtsch von der Fraktion der Grünen/Jungen Grünen sagte: «Leider sind die Ziele des

Stadtrates unverbindlich.» Es brauche ein griffiges Ziel, «einen Leuchtturm», nannte es András Ózvegyi von den Grünliberalen, woran man sich orientieren müsse. Und da setze die Umverkehr-Initiative mit dem Ansatz, den Anteil des öffentlichen Verkehrs und der Velofahrer und Fussgänger in der Stadt um zehn Prozentpunkte zu steigern, klare Zeichen. Weil das Parlament aber nicht schlau wurde aus den von Stadtrat und Initianten völlig unterschiedlich gelieferten Zahlen, verzichtete man schliesslich auch im Reglement darauf, das messbare Ziel mit einer konkreten Zahl anzugeben.

## Initianten glauben an ihre Chance

Das Stadtparlament hat zwar die Städte-Initiative abgelehnt. Trotzdem hielt sich die Enttäuschung beim Verein Umverkehr in Grenzen. «Wir sind erfreut über die deutliche Annahme des Gegenvorschlags. Und wir sind weiterhin davon überzeugt, dass unsere Initiative beim Volk gute Chancen hat, weil in der Bevölkerung das Bedürfnis nach Lebensqualität sehr hoch ist», sagte Karin Hess.

Über die Initiative und den Gegenvorschlag wird das städtische Stimmvolk vermutlich im Herbst an der Urne abstimmen.

CHRISTIAN BERTSCH